

Prüfstein Türkei

Brüssels Umgang mit Ankara ist ein Realitätstest für die geopolitischen Ambitionen der EU.

Von Günter Seufert

Die Europäische Union will in der Welt eine größere Rolle spielen. Und angesichts vieler Herausforderungen muss sie das auch, so der weitverbreitete Konsens. Zu Recht verweist man auf eine ganze Reihe von Themen, die ein gemeinsames Vorgehen der Europäer notwendig machen. Die Rede ist vom Klimawandel, vom Anspruch, eine eigene, vermittelnde Rolle zwischen den USA und China zu spielen, von den Herausforderungen, aber auch den Chancen, die der rapide Wandel in Afrika mit sich bringt, und schließlich von der Notwendigkeit, stärker und selbständiger für die eigene Sicherheit zu sorgen.

Angesichts dieser großen geopolitischen Ambitionen erscheint das Unvermögen der Europäischen Union, eine effiziente Türkei-Politik zu entwickeln, wie eine besonders kalte Dusche. Dies aus zwei Gründen. Zum einen deshalb, weil Brüssel seinen früheren Einfluss auf Ankara aus der Hand gegeben hat und heute weder auf die Innen- noch die Außenpolitik des Landes einwirken kann. Mit dem faktischen Stopp des Beitrittsprozesses zur EU hat Brüssel sein wirkungs-

vollstes Instrument – die Konditionalität – verloren, und Ankara tritt der EU heute auf Augenhöhe gegenüber. Zum zweiten deshalb, weil es im Streit mit der Türkei längst nicht mehr nur um demokratische Standards in Anatolien oder um unterschiedliche Strategien und Ordnungsvorstellungen in Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens geht.

Planlos gegen Provokationen

Der Zwist beschränkt sich auch nicht mehr nur auf die Erschütterung der NATO durch verstärkte rüstungspolitische Kooperation zwischen Ankara und Moskau oder darauf, dass die Türkei EU-Mitgliedstaaten in Afrika in die Quere kommt und im Kaukasus Tatsachen schafft. Die Türkei stellt im östlichen Mittelmeer die nationale Souveränität der EU-Mitglieder Zypern und Griechenland infrage und fordert so Brüssel direkt heraus. Und so wie die EU es früher nicht vermochte, ihre Politik einer Integration der Türkei in Europa – den Mitgliedschaftsprozess – konsequent durchzuhalten, so wenig ist sie heute in der Lage, Provokationen der Türkei im Mittelmeer energisch zurückzuweisen.



Dr. Günter Seufert ist Senior Fellow und Leiter des Centrums für angewandte Türkei-studien (CATS) in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

So scheint es jedenfalls, wenn man auf die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 11. Dezember 2020 blickt und sie mit den Entschlüssen vergleicht, welche der Rat gut zwei Monate zuvor verkündet hatte, am 1. Oktober. Im Oktober war nicht nur von einer „uneingeschränkten Solidarität mit Griechenland und Zypern“ die Rede, „deren Souveränität und Hoheitsrechte geachtet werden müssen“, sondern auch davon, dass die EU bei einer Fortsetzung der „völkerrechtswidrigen Maßnahmen“ der Türkei „alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente und Optionen nutzen“ würde, um die Türkei zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Ein klarer Hinweis auf Sanktionen!

Gleichzeitig hatte Brüssel im Oktober den Einstieg in eine „positive politische EU-Türkei Agenda“ für den Fall zur Sprache gebracht, dass Ankara deeskaliert. Herzstück des Zuges auf Ankara sollten Verhandlungen über eine Modernisierung der bestehenden Zollunion der EU mit der Türkei sein – eine immer wieder vorgebrachte Forderung Ankaras, deren Erfüllung Brüssel noch im Juni 2018 mit Hinblick auf die innenpolitische Lage in der Türkei kategorisch ausgeschlossen hatte.

So vermittelte die Europäische Union im Oktober 2020 den Eindruck, dass sie im Dezember ihre Türkei-Politik grundlegend neu ausrichten würde. Das ist nicht wirklich eingetreten. Die EU konnte sich im Dezember nicht zu ernsthaften Sanktionen durchringen und hat das Problem auf den März 2021 vertagt. Und anstatt eine eigene Türkei-Politik zu formulieren, entschied sich die EU dafür, auf die neue Regierung der USA unter Joe Biden zu warten und ihre Türkei-Politik mit ihr abzustimmen. Dabei hat Ankara die EU weiter provoziert.

Die türkische Regierung setzte nicht nur ihre Bohrungen in den umstrittenen

Gewässern fort. Mehr noch, in der von der Europäischen Union gesetzten Frist für eine Deeskalation verabschiedete sich die türkische Regierung von dem international anerkannten Rahmen für die Lösung des Zypern-Problems – der Schaffung eines föderalen, bikommunalen und bizonalen Staates. Ankara will jetzt auf eine Zwei-Staaten-Lösung hinarbeiten und die Teilung der Insel zementieren.

Die Türkei aktivierte außerdem das russische Raketenabwehrsystem S-400, sie entsandte islamistische Militante in den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, und der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan nutzte seinen Privatflug mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron dazu, ganz Europa der Islamophobie und der Unterdrückung der Muslime zu beschuldigen.

Gegensätzliche EU-Interessen

Wie sehr lässt sich vom Brüsseler Lavieren im Verhältnis zu Ankara auf die generellen Schwierigkeiten der Europäischen Union schließen, außenpolitisch gemeinsam und stärker profiliert zu handeln?

Im Umgang mit der Türkei spielen einerseits Probleme wie unterschiedliche oder gar gegensätzliche Interessen der Mitgliedstaaten eine Rolle, die eine gemeinsame Außenpolitik der EU ganz generell erschweren. Derzeit sind dies im Fall Türkei die spezifischen Interessen Frankreichs in Afrika. Paris nimmt Ankara dort als immer stärkeren Konkurrenten wahr. Anders die Stimmung in Madrid, wo die Türkei sich in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Abnehmer der spanischen Rüstungsindustrie entwickelt hat. Spanische Banken sind heute außerdem die größten europäischen Kreditgeber der Türkei, weshalb Madrid eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krise der Türkei vermeiden will. Auch Berlin fasst Ankara

mit Samthandschuhen an. Die deutsche Industrie braucht funktionierende Lieferketten aus der Türkei.

Frustrationen und Forderungen

Doch gibt es auch Spezifika im europäisch-türkischen Verhältnis, welche die Suche nach einer Strategie weiter verkomplizieren. Eine dieser Besonderheiten ist zweifellos, dass die EU als Folge ihres über Jahrzehnte gewachsenen Verhältnisses zur Türkei heute drei Prozesse gleichzeitig handhaben muss, die nach ganz unterschiedlichen Parametern funktionieren.

Da ist der Mitgliedschaftsprozess, der nicht nur faktisch eingefroren, sondern im Grunde tot ist, jedoch noch immer beiden Seiten ausreichend Stoff für Frustrationen, Forderungen und Beschuldigungen liefert. In ihm gelten die Parameter Normerfüllung (von Seiten der Türkei) und außerdem ein Machtgefälle zum Vorteil der EU, die den Prozess steuern soll.

Da sind jedoch gleichzeitig Prozesse der Zusammenarbeit, so in der Flüchtlingsfrage, im Kampf gegen den Terrorismus, im engen wirtschaftlichen Austausch und in der Kooperation in der NATO. Anders als im Mitgliedschaftsprozess besteht hier eine starke gegenseitige Abhängigkeit, und oft scheint die Türkei eher in der Lage, Druck auszuüben als Europa.

Zu guter Letzt, und das ist neueren Datums und wird nur selten beim Namen genannt, gibt es auch einen Prozess des Containments, der Eindämmung des türkischen Einflusses in Europa. Innenpolitisch herrscht die Sorge, Ankara könnte türkische und muslimische Migranten für seine Politik einspannen und so den inneren Frieden in den Aufnahmeländern gefährden. Außenpolitisch bezeugen die letzten Beschlüsse des Europäischen Rates, dass einige Mitgliedstaaten, und damit auch Brüssel, sich Ankaras erwehren müssen.

Die drei Prozesse blockieren sich bisweilen gegenseitig. So hat im Rahmen des Mitgliedschaftsprozesses die Entrüstung über den Verfall des Rechtsstaats in der Türkei Proteste gegen den sogenannten Flüchtlingsdeal befeuert; nicht nur Deutschland wird dafür kritisiert, sich seitdem mit Kritik an Ankara zurückzuhalten. Die Sorge um Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – Parameter des Beitrittsprozesses – verhinderte, dass die EU die Zollunion vertiefen und so die Türkei wirtschaftlich noch stärker an sich binden konnte.

Heute ist die Befürchtung, dass Ankara die Kooperation in der Flüchtlingsfrage und in der Sicherheitspolitik aufkündigt, der Grund dafür, dass die EU weder den Mitgliedschaftsprozess beendet noch mit der Eindämmung der aktuell expansiven türkischen Politik ernst macht. Das enge Netz der europäisch-türkischen Beziehungen scheint primär die EU zu fesseln. Ankara zeigt sich davon bis heute weitgehend unbehindert. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bislang nicht über den Charakter der heutigen und der künftigen Politik Ankaras im Klaren sind.

Russland wird zweifellos als Gegner wahrgenommen und China als der Herausforderer im globalen Wettlauf der Systeme. Doch die Türkei gilt gleichzeitig als unverzichtbarer Verbündeter und als expansive Macht, die ihren Einfluss auf Kosten von Europa ausdehnt.

Ist die heutige türkische Politik primär das Resultat einer spezifischen innenpolitischen Koalition und damit auch vorübergehend? Oder ist sie doch Ausdruck einer langfristigen Strategie? Solange diese Frage nicht geklärt ist, stochern die Europäische Union und ihre Mitglieder weiter im Nebel. Zu einer klaren und eindeutigen Politik werden sie so nicht finden.